



AFP/02/2013

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal
am Dienstag, dem 01.10.2013, 16:00 Uhr,
im Großen Sitzungszimmer des Kreishauses A,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:25 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Jens Beckmeyer, 31592 Stolzenau
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr stellv. Landrat Heinz-Friedel Bomhoff, 31618 Liebenau
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum

als Vorsitzender
Vertretung für Herrn
KTA Bernd Brieber

Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe
Herr KTA Henry Koch, 31622 Heemsen
Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg
Frau KTA Ute Paczkowski, 31623 Drakenburg
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen
Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg
Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte

Verwaltung

Herr Landrat Detlev Kohlmeier,
Frau KVOR Brigitte Immel,
Frau KOAR Gun Dachs,
Frau Nicole Küttner,
Frau Sieglinde Kolbrink-Wolf,
Herr KA Gerd Pröstler,

Personalrat
Personalrat
als Protokollführer

Der Vorsitzende KTA Bomhoff eröffnet um 16:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Personal vom 14.05.2013
- TOP 2: Übernahme von Aufgaben der Jugendhilfe gem. § 69 (1) SGB VIII i.V.m. § 13 Abs. 1 Nds.Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) durch die Gemeinden im Landkreis Nienburg/Weser,
Kostenbeteiligung des Landkreises an den Aufgaben der Tagesbetreuung in Kindertagesstätten (Kita und Krippe)
2013/174
- TOP 3: Gutachten zur Stellenbemessung/Aufgabenkritik;
hier: Abschluss einer Zielvereinbarung Personal
2013/181
- TOP 4: Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2013
2013/179
- TOP 5: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 5.1: Mitteilungen/Anfragen; hier: Aufnahme von weiteren Flüchtlingen
- TOP 6: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat
gez. Bomhoff	gez. Pröstler	gez. Kohlmeier
Kreistagsabgeordneter	Kreisamtmann	Kohlmeier



Protokoll zu TOP 1

01.10.2013

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Finanzen und Personal vom 14.05.2013**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das Protokoll wird genehmigt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 2 Enthaltungen



Protokoll zu TOP 2

2013/174

01.10.2013

Übernahme von Aufgaben der Jugendhilfe gem. § 69 (1) SGB VIII i.V.m. § 13 Abs. 1 Nds.Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) durch die Gemeinden im Landkreis Nienburg/Weser, Kostenbeteiligung des Landkreises an den Aufgaben der Tagesbetreuung in Kindertagesstätten (Kita und Krippe)

Beschluss:

Der Beschluss wurde vertagt.

Beratungsgang:

LR Kohlmeier berichtet von der Beratung im Jugendhilfeausschuss, dass die Kostenbeteiligung, unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit, für sinnvoll erachtet wird. Nach Berechnungen der Gemeinden werden ca. 15 Mio. € für die laufenden Kosten benötigt. Nach der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung könnte der Förderzuschuss 1,5 Mio. € betragen.

KOAR'in Dachs erläutert dazu ergänzend. Erst vor kurzem - und von Seiten des Landes vorab nicht kommuniziert - wurde bekannt, dass die Verteilung der Finanzausgleichsmasse zwischen Gemeinden und Kreisen durch das Haushaltsbegleitgesetz 2014 neu und damit zu Ungunsten der Kreise verteilt werden soll. Da z. Z. nur Proberechnungen auf Grundlage der Zahlen 2013 existieren, ist die Finanzplanung mit großen Unsicherheiten behaftet. Auch liegen die Steuerkraftzahlen der Gemeinden noch nicht vor und die Arbeiten zur Haushaltsaufstellung 2014 hier im Hause sind noch nicht so weit fortgeschritten, dass jetzt schon Aussagen über die Haushaltslage 2014 getroffen werden können.

KTA Koch regt an, dass der Finanzausschuss gezahlt werden sollte, da es hierdurch zu Entlastungen der Gemeinden kommt.

KTA Bergmann-Kramer berichtet, dass die Samtgemeinde Hoya 1,8 Mio. € für Kindertagesstätten ausgibt. Ein Beschluss sollte aufgrund der unklaren Finanzlage noch nicht gefasst werden.

KTA Leseberg ergänzt, dass eine Beteiligung notwendig, die Höhe jedoch fraglich ist.

KTA Koch fragt an, wann mit verlässlichen Finanzaufgaben zu rechnen ist.

KOAR'in Dachs erklärt, dass nach dem Beschluss zum Haushaltsbegleitgesetz, voraussichtlich Ende November, die vorläufigen Schlüsselzuweisungen bekannt sind.

KTA Sieling fragt, ob es zu einer 100% Kostenerstattung bei den Grundsicherungsleistungen kommen wird.

KOAR'in Dachs erläutert, dass das Land voraussichtlich den Teil für die Kosten des überörtlichen Trägers nicht erstatten wird.

LR Kohlmeier ergänzt, dass es nach Aussage der Landesregierung sonst zu einer Doppelerstattung kommen würde.

KTA Bomhoff schlägt vor, zunächst keinen Beschluss zu fassen. Er sieht noch weiteren Beratungsbedarf in seiner Fraktion.

LR Kohlmeier weist darauf hin, dass die finanziellen Bedenken bereits im Beschlussvorschlag berücksichtigt werden.

KTA Leseberg fasst zusammen, dass eine Vertagung der Entscheidung erforderlich ist.



Protokoll zu TOP 3

2013/181

01.10.2013

**Gutachten zur Stellenbemessung/Aufgabenkritik;
hier: Abschluss einer Zielvereinbarung Personal**

Beschluss:

Der Beschluss wurde vertagt.

Beratungsgang:

KVOR'in Immel erläutert das Ergebnis zur Stellenbemessung/Aufgabenkritik und den Vorschlag des Landrates für den Abschluss einer Zielvereinbarung. Die unmittelbar ableitbaren Ergebnisse der Stellenbemessung sollen im Stellenplan 2014 umgesetzt werden. Eine Zielvereinbarung mit einer absoluten Zahl als Obergrenze sei problematisch. Dies sehe der vorgelegte Entwurf auch nicht vor. Als Vorgabe könne „so wenig wie möglich, so viel wie nötig“ dienen. Unbesetzte Stellenanteile von mindestens 0,5 VZÄ, die im Haushaltsjahr nicht besetzt werden sollen, werden in einen Stellenpool eingebracht. Der Stellenplan 2014 stelle die Obergrenze bis 2016 dar. Steigerungen, die in 2015 bis 2016 erforderlich seien, sollen nur nach interner Organisationsuntersuchung und Beratung im Fachausschuss realisiert werden. Die weiteren Organisationsuntersuchungen in der restlichen Verwaltung sollen sukzessive durchgeführt werden.

KTA Bomhoff stellt die Frage, ob beraten werden soll oder Fragen zum Inhalt gestellt werden.

KTA Brunschön sieht noch Informationsbedarf hinsichtlich der Differenz zwischen dem Bedarf und den tatsächlich besetzten Stellen. Insbesondere stellen sich die Fragen, welche Arbeiten in welchen Fachbereichen ggf. liegen bleiben, wo Vollzugsdefizite bestehen und welche Standards nicht eingehalten werden können.

KTA Bergmann-Kramer hält eine vollständige Erhebung für erforderlich und sieht kein Problem mit der Zustimmung zur Zielvereinbarung.

KTA Leseberg weist auf die Kosten der Untersuchung hin. Definitionen für Umfang und Qualität der Aufgabenwahrnehmung müssen noch festgelegt werden.

KTA Bomhoff erklärt, dass es noch Abstimmungsbedarf innerhalb der Fraktionen gibt.

LR Kohlmeier erinnert noch einmal an die politische Forderung nach einer neuen Zielvereinbarung und die aus seiner Sicht bestehende Problematik der vorangegangenen. Hier konnte im Kernbereich die Vereinbarung, d.h. eine Personalreduzierung, erreicht werden, tatsächlich sei es jedoch zu einer Vermehrung von Stellen gekommen.

Für die zukünftige Stellenplanung sieht die Verwaltung eine Gliederung vor, die eine bessere Bewertung und Priorisierung von Aufgaben und Personal durch die Politik ermöglichen:

1. Stellen, die sich aufgrund von gesetzlichen Vorgaben (z. B. 1 Stelle darf nur 50 Fälle betreuen) errechnen;
2. Stellen, bei denen die Definition von Standards den Umfang bestimmen;
3. Stellen für freiwillige Aufgaben.

Die Punkte 2. und 3. würden in den Fachausschüssen beraten. Im Übrigen sei nicht vorgesehen, alle in dem Rambøll-Gutachten errechneten Stellen im Stellenplan 2014 darzustellen.

KTA Bomhoff stellt abschließend fest, dass die Zielvereinbarung auch ohne Beschluss umgesetzt werden kann.



Protokoll zu TOP 4

2013/179
01.10.2013

Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2013

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Nachtragssatzung und der Nachtragshaushaltsplan für 2013 werden beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KOAR'in Dachs erläutert die Änderungen in der Nachtragshaushaltssatzung und dem Nachtragshaushaltsplan 2013 anhand einer Präsentation, die als Anlage beigefügt ist.

KTA Brun Schön fragt nach, warum sich die Personalkosten verringert haben.

KVOR'in Immel erklärt, dass einige Stellen gar nicht besetzt werden konnten (z.B. Arzt, Sozialarbeiter), ferner liegen längerfristige Vakanzen vor.

KTA Bergmann-Kramer kann eine Zustimmung erteilen.

KTA Leseberg weist darauf hin, dass das positive Ergebnis durch den Anstieg der Erträge aus dem Quotalen System erzielt werden konnte.



Protokoll zu TOP 5.1

01.10.2013

Mitteilungen/Anfragen; hier: Aufnahme von weiteren Flüchtlingen

Beschluss:

Beratungsgang:

KTA Brunschön fragt an, ob es durch die vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen zu einem Anstieg der Transferleistungen kommt.

KOAR'in Dachs erklärt, dass es zu keiner zusätzlichen Belastung des Haushaltes kommt, lediglich die Gemeinden werden durch die Unterbringung belastet.



Protokoll zu TOP 6

01.10.2013

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Beratungsgang:

- ohne -